

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 23

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 8. Juni 1928.

Anzeigenpreis für die viergesp. Mi. timeterzeit: 30 P. emia. Stellen-
gesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstelle kosten die
Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln. Ben. oerw. 119.
Telephonruf West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag
Mittag.

29. Jahrg.

Vertreterwahl zum Verbandstag.

In der vorigen Nummer der Verbandszeitung wurde vom Zentralvorstand der nächste Verbandstag angekündigt und zur Wahl der Vertreter aufgefördert. Die Wahl ist durch besondere Bestimmungen genau geregelt, die teils in der Verbandszeitung, teils durch Rundschreiben den Zahlstellen bekanntgegeben worden sind. Was jetzt zu geschehen hat, ist Sache der Zahlstellen und der Mitglieder. Von ihrem Verständnis und Interesse wird es abhängen, wie unser nächstes Verbandsparlament in Nürnberg zusammengesetzt sein und welche Leistungen es zeitigen wird.

Verständnis für die Wahl der Vertreter zum nächsten Verbandstag sollte eigentlich bei allen Verbandsmitgliedern ohne Ausnahme vorhanden sein. Leider lehrt die Erfahrung bei früheren Wahlen, daß bei manchen Zahlstellen und Mitgliedern das notwendige Verständnis nicht vorhanden ist. Bei früheren Wahlen hatten manche Wahlkreise eine beschämend geringe Beteiligung aufzuweisen, eine Beteiligung, die weniger als ein Viertel der Mitglieder umfaßte. Eine solche geringe Beteiligung ist weder für die Mitglieder ein gutes Zeugnis, für ihre gewerkschaftliche Reife, noch ist sie geeignet, anderen Kreisen Respekt vor der gewerkschaftlichen Organisation einzusößen. Gewiß gibt es bei jeder Wahl Ausnahmefälle, die den einen oder anderen Wähler von seiner Wahlpflicht entbinden. Dagegen wird niemand etwas einwenden. Wenn aber mehr wie die Hälfte der Mitglieder gleichgültig der Wahl fernbleiben, dann ist das eine sehr bedauerliche Erscheinung, die nicht scharf genug bekämpft werden kann. Dafür gibt es keinerlei Entschuldigung. Auch selbst dann, wenn ein eigentlicher Wahlkampf zwischen mehreren Kandidaten nicht stattfindet, wenn sich die Zahlstellen eines Wahlbezirks über den zu wählenden Kollegen einig sind, muß die größtmögliche Wahlbeteiligung erfolgen, um das Interesse am Verbandsverband zu bekunden.

Daneben aber ist das Interesse aller Mitglieder an der Wahl und deren Vorbereitung deswegen erforderlich, damit schon bei der Aufstellung der Kandidaten diejenigen Kollegen auf den Schild erhoben werden, die das größte Vertrauen der Mitglieder genießen. Je größer dieses Vertrauen, um so besser ist es. Ein Verbandsstagsvertreter, der sich auf das Vertrauen großer Mitgliederkreise stützen kann, hat eine ganz andere Position, als wenn er über die diesbezügliche Gesinnung vieler Mitglieder sich im unklaren befindet. Umgekehrt fallen die Beschlüsse des Verbandstages, wenn seine Vertreter das Vertrauen der meisten Mitglieder besitzen, auf fruchtbaren Boden, was die Durchführung wesentlich erleichtert. Damit wird auch denjenigen das Handwerk gelegt, die zwar keinerlei positive Arbeit leisten, wohl aber zum Schaden der Organisation alles kritisieren, was andere mit vieler Mühe geschaffen haben.

Mögen also bei den bevorstehenden Wahlen der Vertreter zum 12. Verbandstag in Nürnberg alle Verbandsmitglieder durch ihre Beteiligung ihr lebhafte Interesse am Verbandsverband und seinen Einrichtungen bekunden. Das erfordert nicht nur die Ehre jedes Verbandsmitgliedes, sondern auch die Sache, der wir alle dienen wollen. Darum auf zur Wahl!

Unzufriedenheit.

Der größte Vorwurf, den sich die Arbeiterschaft von etwas reichlich zentriert eingestellten Leuten gefallen lassen muß, ist der der ewigen Unzufriedenheit. Nach der Ansicht dieser Leute besteht in Wirklichkeit kein Grund für uns, unzufrieden zu sein. Denn, so sagt man gerne, seit Kriegsende befaßte sich die öffentliche Diskussion, die Gesetzgebung und alle möglichen Stellen ja nur noch ausschließlich mit Fragen der Arbeiterschaft. Gerne wird in dem Zusammenhang auf alle die eingetretenen, für die Arbeiterschaft günstigen Veränderungen und materielle Besserstellung verwiesen und im gleichen Atemzug behauptet, kein einziger Stand im Volk sei so bevorzugt, verhätschelt, so verwöhnt, jawohl verwöhnt, wie es kürzlich einmal in der Kölnischen Zeitung hieß, wie gerade die Arbeiterschaft. Und wenn es dann nach der Meinung dieser Leute gehen könnte, dann würde der Spieß schleunigst umgedreht, dann müßten alle berufenen Instanzen einmal alles daran setzen, um der Arbeiterschaft Mores zu lehren, ihr einen be-

scheideneren Platz im Konzert der Stände anzuweisen, ihr zu Gemüte führen, daß sie eigentlich ja gar nichts zu verlangen habe, sondern froh sein müßte, daß man ihr den Platz zum Leben eben läßt und sie hat sich dankbar zu erweisen für jede gelegentliche Wohlthat, die dann gönnerhaft bei passender Gelegenheit mit der Anwartschaft auf ewige Dankbarkeit von diesen Leuten, die es sich leisten können, ausgeteilt wird. Ja, so wie zu Urgroßvaters Zeiten, das war doch noch ein Herrenleben, da war man doch noch Herr im eigenen Haus, und jeder mußte parieren oder flog. O selige Zeit!

Ein Glück, daß jetzt ein anderer Wind weht und der Arbeiterschaft die Einsicht aufgegangen ist, darüber, daß sie bei einiger Mühseligkeit und Zielstrebigkeit in der Lage ist, die Verhältnisse weitgehend zu ihren Gunsten zu verändern. Ein Glück auch, daß aus ihren eigenen Reihen Führer erstanden sind, die mit Mut und Fähigkeit an die Lösung all der Fragen, die uns heute berühren, herantreten.

Gibt es nun, trotz all der Verbesserungen, der günstigen Veränderungen, trotz aller für die Arbeiterschaft vorteilhaften Einrichtungen, deren Vorhandensein gar nicht bestritten sein soll, denn noch Unzufriedenheit? Der Idealzustand, daß es irgend einmal lauter zufriedene Menschenkinder geben wird, ist eine Utopie.

Seitdem der politische oder wirtschaftliche Wille in den Menschen erwacht ist, solange ist, mit unbedeutenden Unterbrechungen, immer wieder daselbe Motiv, welches Veränderungen erstrebt und herbeiführt, vorherrschend: eben die Unzufriedenheit. Die Unzufriedenheit als Kritik an den Zuständen der Gegenwart, die krasse Formulierung wirtschaftlicher oder geistiger Nöte, die Suche nach Fehlerquellen in wirtschaftlichen oder politischen Handlungen der Vergangenheit, alles das ist immer Hauptelement der öffentlichen Diskussion gewesen und bleibt es voraussichtlich auch noch auf lange Zeit. Und jede Zeit berichtet von sich, daß diese Unzufriedenheit aufs höchste gestiegen, in ihrem Ausdruck zur Unerträglichkeit gesteigert sei und daß es so nicht weitergehen könne. Und dieser Zustand der ewigen Unzufriedenheit ist gar nicht so widersinnlich, als das auf den ersten Blick erscheinen könnte. Wirtschafts- oder Staatspolitik ist immer zu einem großen Teil der Zustand der Unzufriedenheit.

Die Unzufriedenheit ist das Motiv des Aufstieges. Denn nur in dem unablässigen Streben nach Verbesserung, in dem unentwegten Willen nach Reinigung und Läuterung, kann Besseres wie das Vorhandene, kann Gesundheit und Kräftigung des eigenen Standes und des ganzen Volkes hervorgehen. Bedürfnislosigkeit, zufriedenes Sattsein macht träge, bedeutet Stillstand und Stillstand ist Rückschritt. Um aber nicht rückschrittlich zu erscheinen, um nicht der Gefahr des Degenerierens zu verfallen, um die Voraussetzung weiteren Fortschrittes zu schaffen, muß man schon stets etwas unzufrieden sein. Vor allen Dingen mit sich selbst, mit eignen Leistungen, mit eignen Erfolgen, um aus dieser Unzufriedenheit Kraft zu schöpfen und neuen Antrieb zu finden für bessere Leistungen, größere Erfolge, besseres Menschentum, den Mut und die Entschlossenheit, im Falle des Mißlingens, von neuem anzufangen, wie schon so oft, um es besser zu machen. Dann werden und bleiben wir gesund an Seele und Geist. Das ist natürliche, vernünftige und berechnete, die positive Unzufriedenheit.

Es gibt auch eine andere Art der Unzufriedenheit, von der wir uns jedoch mit allen Mitteln freihalten müssen. Das ist die kleinliche, törichte, um jeden Preis verneinende, engherzige Unzufriedenheit. So wie die erstere befruchtend auf den Menschen wirkt, so lähmt diese seinen Willen, sein Streben, seine Tatkraft und macht ihn krank und untuglich zu Hochleistungen des Geistes und des Körpers. Ein Tageskampf entgegenstehender Interessen wird derjenige meist leichteres Spiel haben, der alles das, was andere tun und lassen, mit beizender Kritik verfolgt. Und immer wird schon die Organisation oder der Führer, der ehrlich versucht, wenigstens ein Stück von den Wünschen und Forderungen, die zu vertreten sie berufen sind, zu verwirklichen trachtet, sehr viel schwerere Arbeit leisten müssen, wie die Erstgenannten. Im Wünschen und in Forderungen sieht man allzuleicht das einzig Vollkommene, während der Realdenkende immer sich mit irdischen und menschlichen Unvollkommenheiten abfinden muß. Eine

Zustand der abgeschlossenen Vollkommenheit auf Erden schon zu schaffen ist menschenunmöglich. Immer wird ein letzter Rest von allem Wünschen und Verlangen bleiben. Und wenn noch so große Erfolge einen groben Mißstand beseitigt, eine dringliche Notwendigkeit herbeigeführt haben, der hemmungslosen Unzufriedenheit wird ein letzter Rest der Unerfüllbarkeit genügen, den Stachel giftiger und verletzender Kritik anzusetzen. Den Erfolg überfiehet man gerne, übriggebliebenes wird aufgebaut, unter der Asche schürt man den Funken zur großen verheerenden Flamme und so erscheinen am Ende Kleinlichkeiten, die zurückgeblieben, groß, oft größer als überwundene Nöte.

Alle, die in der praktischen Gewerkschaftsarbeit Tag um Tag sich abmühen, wissen ein Lied davon zu singen, wie oft Mißvergnügen und Unverstand den Erfolg verhindern, oder die Freude am Erfolg, die Lust zu Mitarbeit ertöten.

Hüten wir uns vor dieser Unzufriedenheit! Unser Stand hat wirklich allen Grund mit Wirklichkeiten zu rechnen, muß alle Widerstände, die sich seinem Aufstiegs willen entgegenstemmen, in Rechnung stellen. Auf dem Boden der Wirklichkeit stehend erkennen wir, daß Mißstände, Ungerechtigkeiten, Kränkungen, Not und Elend genügend Grund zur Unzufriedenheit bieten. Bekennen wir uns zu derselben im positiven Sinne und münzen wir die Unzufriedenheit um in die so notwendige Energie, die uns mit voller Kraft, mit überzeugtem Mut und Glauben an die Arbeit gehen läßt. An die Arbeit, die zur wirtschaftlichen und geistigen Freiheit unseres Standes führt.

Ein Arbeiter-Budget aus Rußland.

Ein Arbeiter-Budget aus Rußland.

Aus der letzten Erhebung im November 1927 des statistischen Amtes der Stadt Moskau veröffentlicht das internationale Arbeitsamt einen sehr interessanten Bericht über die Einnahmen und Ausgaben einer russischen Arbeiterfamilie. Die amtliche Erhebung erstreckte sich auf 340 Arbeiterfamilien mit 1493 Köpfen. Auf jede Familie entfallen durchschnittlich 4,39 Mitglieder. Es sind außerdem nur solche Familien zur Untersuchung über dem Haushaltsaufwand herangezogen worden, die neben dem eigentlichen Ernährer noch mitarbeitende Angehörige haben.

Es ergab sich aus diesen Unterlagen eine durchschnittliche Monatseinnahme von 145,44 Rubeln-terovonez, die sich nach folgender Aufstellung auf die einzelnen Einkünfte verteilen. (1 Rub.-terov. = 2,15 M.)

Lohn des Haushaltsvorstands	105,66 Rub.	72,6 %
Anderer Einkünfte desselben	4,15 „	2,9 %
Lohn der Angehörigen	19,49 „	13,4 %
Anderer Einkünfte derselben	4,29 „	3,0 %
Geborgtes Geld	7,98 „	5,5 %
Verschiedenes	3,87 „	2,6 %
	145,44 Rub.	100,0 %

Die Erhebung ergab eine Ausgabenreihe, die folgende Posten enthält:

Wohnung	12,39 Rub.	8,8 %
Heizung, Licht	5,41 „	3,8 %
Lebensmittel	61,73 „	43,6 %
Alkohol, Tabak	6,12 „	4,2 %
Hausrat	4,32 „	3,1 %
Medikamente, Seife	1,66 „	1,2 %
Bücher, Zeitungen usw.	2,75 „	2,0 %
Gewerkschafts- u. Parteibeitr.	3,84 „	2,7 %
Unterstützung an Eltern	3,06 „	2,2 %
Zurückzahlung von Krediten	7,03 „	5,0 %
Verschiedenes	4,86 „	3,5 %
Kleidung	28,19 „	19,9 %
	141,36 Rubel	100,0 %

Diese Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben im Haushalt eines Arbeiters zeigt, daß Ersparnisse nicht gemacht werden können, ebenfalls kann nicht behauptet werden, daß der Lohn im kommunistischen Rußland hoch sei (siehe folgende Preise). Für die geistige Weiterbildung bleibt dem russischen Arbeiter auch nicht viel.

Was der russische Arbeiter für einige Lebensmittel und andere wichtige Dinge zu zahlen hat, wird in diesem Zusammenhang auch die Allgemeinheit interessieren. Hierüber hat das statistische Amt der Stadt Moskau eben-

falls eine Erhebung im November 1927 gemacht, nach der folgende Preise im Privathandel und in den Konsumvereinen gefordert wurden.

	Privathandel	Konsumverein
Roggenbrot 1 Kilo	0,08 Rub.	0,08 Rub.
Weizenbrot "	— "	0,23 "
Kartoffeln "	0,11 "	0,08 "
Ochsenfleisch "	2,35 "	2,12 "
Milch 1 Liter	0,31 "	0,26 "
Stammpfucker 1 Kilo	0,63 "	0,61 "
Baumwollstoff 1 Meter	— "	3,89 "
Seife 1 Kilo	0,47 "	0,36 "
Sohleder	17,78 "	— "

Der verbilligte Einkauf in den Konsumvereinen ist nur den Mitgliedern der kommunistischen Partei gestattet, wie auch alle anderen Vergünstigungen des Staates nur diesen zugute kommen. Anders gesinnte Arbeiter und Angestellte sind davon ausgenommen und müssen sehen, wie sie fertig werden. So sieht die viel gepriesene Freiheit der arbeitenden Klasse im kommunistischen Staat aus.

Marxistische Sozialpolitik.

Unter diesem Stichwort regt sich ein Reg.-Rat Dr. Mertens, Würzburg, in der deutschen Arbeitgeberzeitung über eine angebliche Übersteigerung unserer Sozialpolitik auf. Zum Führer berufen, so wie man sich hat, will er endlich einmal eine Bewegung ins Leben rufen, die den Sinn der Wirtschaft nicht im Gefährlichen, sondern in der Synthese der am Produktionsprozess Beteiligten sieht. Dieser pathetischen Einleitung folgt auf dem Fuße eine Empfehlung der „Werksgemeinschaft“ und mit dieser Empfehlung kennzeichnet sich der Mann mehr, als wir es mit vielen Worten zu tun vermöchten. Nach der Meinung des Herrn Regierungsrates krankt unsere amtlichen Stellen (damit ist wohl das Reichsarbeitsministerium gemeint) an marxistischen Gedankengängen. Die Erinnerung an die Geburtsstunde der deutschen Sozialversicherung scheint seinem Gedächtnis total entschwunden zu sein. Um nachzuhelfen bemerken wir, daß unter der Regierung des letzten Hohenzollern der Grundstein der Sozialversicherung gelegt wurde. Wenn sie ihren Zweck nach dem Willen der Gründer nicht erfüllte, dann deshalb, weil dem Experiment der Stempel der Wohltätigkeit allzustark anhaftete. Gegen den Vorwurf marxistischer Ideologie aber waren die damaligen Staatsmänner sicher erhaben. Was heute geschieht, ist lediglich eine logische Fortsetzung der ursprünglichen Idee auf zeitentsprechend neuer Grundlage. Mit dem Vorwurf ist es also nicht weit her oder man muß ihn schon auch gegen jene richten, denen man sich, wie der Herr Regierungsrat, in Treue verbunden fühlt.

Das Gesetz der Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat es ihm besonders angetan. Die großen Vollmachten des Reichsarbeitsministeriums aus dem § 1 sind ihm ein Dorn im Auge. Er sieht schon die Bildung eines Staates im Staate und befürchtet die Aushöhlung des Staatsgebäudes. Den Pferdefuß erkennt man aber, wenn man weiter liest, daß die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung ohne Bedürftigkeitsprüfung und ihrer Höhe nach dem Arbeitsentgelt der letzten 13 Wochen zu unerfreulichen Erscheinungen geführt haben soll. Diese bestehen angeblich im Schwinden der gesunden Scheu „stempeln“ zu geben. Wörtlich wird gesagt:

„Diese beiden Bestimmungen haben nun in der Praxis zu sehr unerfreulichen Erscheinungen geführt, die im besonderen für die mittleren und kleinen Städte und das flache Land zutreffen und von Bedeutung sind. Die gesunde Scheu „stempeln“ zu geben, ist verschwunden. Das Nichtstun erscheint nicht mehr als eine wenig angelegene, dem arbeitenden Kameraden gegenüber ein unbehagliches Gefühl auslösende „Beschäftigung“, die man möglichst bald mit einer nützlichen Tätigkeit zu vertauschen strebt, denn es ist ja als ein in gewissen Zeiträumen wiederkehrender Dauerzustand gesetzlich anerkannt und wird entsprechend bezahlt. Man hat Anspruch darauf. Ferner genügt ein halbes Jahr Arbeit, darunter das letzte Vierteljahr in gutbezahlter Stellung, um ein halbes Jahr hindurch ein Rentnerdasein zu führen.“

Dem Herrn Regierungsrat wünschen wir gewiß nichts schlechtes, aber ein solches „Rentnerdasein“ möge ihm beschieden sein bis an sein seliges Ende. Berechnung möglichst nach Lohnklasse 1. Ob auch dann, wenn solche Herrschaften selbst einmal ein halbes Jahr lang „Rentner“ sein müßten, ihre Ansicht noch dieselbe wäre? Wir glauben nicht und sind bestärkt in unserer Ansicht durch die Beobachtungen, wie wir gelegentlich der letzten Beamtenbeförderungsvorlage machen konnten. Wir erlebten insbesondere die Empörung und unbeherrschte Schimpfwut aller derjenigen, die durch den Beschluß der Sperre für jede dritte oder fünfte Beamtenstelle an der Beförderung gehindert sind. Wir wissen, daß solche Beförderungen kurz vor Abschluß nicht auf Grund hervorragender Leistung, sondern zum erheblichsten Teil durch das Dienstalter bedingt sind und dem Beförderten als Belohnung die Anwartschaft auf höheres Ruhegehalt einbringen. Bei Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezügen, auch Wartegeldern kennt man den Begriff

Bedürftigkeit auf keinen Fall. Die Kreise, die es angeht, würden gekränkt und beleidigt eine solche Zustimmung ablehnen und auf ihre „wohlerworbenen Rechte“ pochen, die ihnen der soziale Staat eingeräumt hat. Rechte hat sich auch die Arbeiterschaft in der Arbeitslosenversicherung erworben, ehrlicher erworben, wie ihre Kritiker, denn sie hat durch Beitragszahlungen von kargem Lohn die Voraussetzung für ihren Anspruch geschaffen.

Wir hoffen, daß unter dem Eindruck der Reichstagswahl auch Herrn Dr. Mertens die Augen aufgegangen sind und ihm die Erkenntnis gekommen ist, daß die soziale Frage heute immer noch die wichtigste Frage ist. Sozialpolitik als Wohltat, wie solche im vorkriegszeitlichen Deutschland beliebt wurde, mit der man als Aushängeschild humaner Gefühle vor dem Auslande paradierte, zieht nicht mehr. Es muß sich damit verbinden das Recht des Anspruchs und eine Existenzsicherung für den Fall der Not, auch ohne minutiöse Prüfung der Bedürftigkeit. Beliebt es aber der Herr Regierungsrat an dem Gedanken festzuhalten, dann bitte, gleiches Recht für alle!

Wie wäre es Herr Regierungsrat, wenn wir bezüglich Ihrer Pensionierung auch einmal die Bedürftigkeitsfrage anschneiden und Ihre Bedürftigkeit mit derselben Elle messen würden, die Sie bei der Arbeiterschaft zum Maßnehmen anzuwenden belieben? Wie wäre es? Wir sind der Meinung, daß wir gegebenenfalls des Beifalls weiter Volkskreise, nicht nur der Arbeiterschaft, für die Methode sicher wären und mehr Beifall ernten würden, als Sie wünschen können.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 3.—9. Juni 1928 der 23. Wochenbeitrag im Jahre 1928 fällig ist.

Teilzahlungen sind regelmäßig an die Hauptkasse abzuführen, wenn der Geldbetrag aus Beitrags-Einnahmen 20.— M beträgt. Kassierer und Vertrauensleute, schützt Euch und den Verband vor Verlusten.

Erinnerung. Unsere Verbandsnadel, eine verkleinerte Nachbildung unseres Verbandsplakates, in gediegener schöner Ausführung, ist bei den Zahlstellen zu haben.

Lohn- und Tariffbewegung.

Lohn- und Tariffbewegung, Südwestdeutsche Sägewerksindustrie Baden, Württemberg u. Hohenzollern.

In der südwestdeutschen Sägewerksindustrie bestand seit 14. Februar 1920 ein Tarifvertrag, der im Laufe der Jahre nochmals durch Tarifsamtsentscheidungen abgeändert wurde, so daß sich nur noch Eingeweihte darin auskannten. Aus diesem Grunde beschloß Ende Dezember die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer den Tarifvertrag zu kündigen. Dem Arbeitgeberverband wurde ein neuer Tarifvertragsentwurf zugestellt. Die Verhandlungen über diesen Vertragsentwurf zogen sich sehr lange hin, so daß unter der Kollegenchaft eine starke Unruhe entstanden war. Diese Unruhe steigerte sich immer mehr, weil inzwischen auch das Lohnabkommen gekündigt und die Frist hierfür abgelaufen war. Auf Arbeitgeberseite machten sich zwei Strömungen bemerkbar. Die eine Strömung war dafür, mit den Arbeitnehmerorganisationen einen neuen Tarifvertrag und ein neues Lohnabkommen zu schaffen, die andere Strömung arbeitete mit allen Mitteln dagegen. Besonders ein Teil der Sägewerksbesitzer in Württemberg, darunter in der Hauptsache die vom württembergischen Oberland, gebildeten sich als größte Scharfmacher. Ihr Bestreben war: Los vom Tarifvertrag, los von der achtstündigen Arbeitszeit, Überstundenzuschläge, Serien usw.

Da es unter solchen Umständen unmöglich war, in freier Verhandlung mit den Arbeitgebern zu einem Abschluß zu kommen, wurde ein Schiedsgericht eingesetzt unter dem Vorsitz eines Unparteiischen, der in der Person des Herrn Dr. Kälin, Präsident vom württemb. bad. Landesarbeitsamt gefunden wurde. Unter dem Vorsitz des Unparteiischen kam auch eine Einigung nicht zustande, ein Spruch wurde notwendig. In der Tarifffrage wurde der Spruch von der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkommission angenommen. In der Lohnfrage stimmte nur die Arbeitnehmerkommission mit dem Unparteiischen für Annahme. Die Parteien hatten ihre Stellungnahme zur bestimmten Erklärungsfrist (7. Mai) abzugeben.

Wir hatten auf Sonntag, den 6. Mai nach Stuttgart eine Sägerkonferenz einberufen. Dieselbe war durch 23 Zahlstellen mit 25 Delegierten besetzt. Die Konferenz einigte sich einmütig auf die beiden Sprüche, da sie nur in der Gesamtheit angenommen oder abgelehnt werden konnten. Ebenso herrschte Einmütigkeit darin, daß, wenn die Arbeitgeber ablehnen, die Kollegenchaft bereit war, den Kampf aufzunehmen. Den gleichen Beschluß faßte die Konferenz des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Vorschriftsmäßig wurde dem Unparteiischen am 7. Mai die Stellungnahme der Arbeitnehmerchaft mitgeteilt. Von Arbeitgeberseite war keine Erklärung abgegeben. Wir warteten

deshalb noch einen Tag, aber auch dann war der Unparteiische nicht in der Lage, uns die offizielle Erklärung der Arbeitgeberseite mitteilen zu können. Auf Anfrage beim Arbeitgeberverband in Freiburg hieß es, der Syndikus, Herr Jehrenbach, sei verreist, man könne keine Antwort abgeben. Inzwischen hatten wir in Erfahrung gebracht, daß eine Generalversammlung der Arbeitgeber am 4. Mai den Beschluß gefaßt hatte, alles abzulehnen. Die Gruppe im Arbeitgeberlager die von tariflichen Bindungen nichts wissen wollte, hatte gesiegt. Wir ließen durch den Obmann der Verhandlungskommission dem Herrn Unparteiischen mitteilen, daß wir bis spätestens Freitag, den 11. Mai, eine offizielle Erklärung der Arbeitgeber erwarteten, falls eine solche nicht vorliege, am Samstag, den 12. Mai, der Kampf eintreten werde.

In der Verhandlungskommission wurden die Betriebe festgelegt, die den Kampf zu beginnen hatten. Diejenigen Sägearbeiter, die immer glaubten, in der Sägewerksindustrie käme es nie zum Kampf, mußten jetzt die Wahrnehmung machen, daß sie sich mit ihrer naiven Anschauung vollständig auf einem Irrweg befanden. Die Arbeitgeber gaben keine Erklärung ab. Der Kampf begann. Zur Ehre der Kollegen, die in den Kampf eintraten, sei gesagt, daß sie der Organisationsleitung Folge leisteten und stramme Disziplin hielten. Dieses hatte man im Arbeitgeberlager nicht erwartet. Drei Tage später berief der Arbeitgeberverband eine neue Generalversammlung nach Freudenstadt ein. In derselben wurde beschlossen, die beiden Schiedsprüche anzunehmen. So wurde der Friede wieder hergestellt, ehe der Kampf größere Opfer gefordert hätte.

Der Tarifvertrag sieht gegenüber dem alten Vertrag, Verbesserungen vor bei den Serien, Arbeitszeitbestimmungen, Überstunden, Altersklassenabstufung usw. Auch in der Lohnfrage konnten Verbesserungen erzielt werden, die allerdings nicht voll befriedigten, aber doch unter den gegenwärtigen Umständen angenommen werden konnten.

Die Lehre aus diesem Kampf ist die, daß es in der südwestdeutschen Sägewerksindustrie keine Arbeiter mehr geben darf, die wie bisher glauben, die Tarif- und Lohnfrage regle sich immer automatisch. Man könne die Vorteile auch ohne Organisation einheimen. Die dabei nicht bedacht haben, daß sie durch ihr Verhalten die Arbeitgeber in dem Glauben bestärken, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo man mit der Sägearbeiterschaft wieder umspringen könne, wie vor dem Krieg.

Der Kampf hätte vermieden werden können und es wären noch größere Vorteile für die Sägearbeiter zu erzielen gewesen, wenn die Betriebe in der südwestdeutschen Sägewerksindustrie geschlossen organisiert wären. Ob die Unorganisierten nun einsehen, daß nur eine stark geschlossene Organisation in der Lage ist, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, auch sie den Weg zum Verbands finden, muß abgewartet werden. Für die organisierten Sägearbeiter gilt nach wie vor die Parole:

Diese Kreise aufzuklären und sie auf ihr Arbeiterschädigendes Verhalten hinzuweisen, und sie dem Verbands zuzuführen. Melzl.

Sterbetafel.

Heinrich Quartensch, Vergolder, 76 Jahre, Düsseldorf;
Josef Kammerloher, Masch.-Arb., 68 Jahre, Holzkirchen;
Johann Bernauer, Schreiner, 19 Jahre, Todtnau;
Reinh. Klose, Tischler, 56 Jahre, Eiegnitz;
Johann Kieflerer, Bürstenm., 67 Jahre, Todtnau.

Ruhet in Frieden!

Bewerkschaftliches.

Die Internationale Arbeitsorganisation.

Die 39. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts. Ende April d. J. fand in Genf die 39. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts statt. In der ersten Sitzung wurde über Verwaltungs- und Budgetfragen verhandelt, wobei unter anderem beschlossen wurde, die zwei Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahr 1929 nicht unmittelbar nacheinander, sondern in einem Abstand von mehreren Monaten abzuhalten.

Zur Frage der Revision bereits in Kraft stehender internationaler Arbeitsübereinkommen lag ein Bericht des Geschäftsordnungsausschusses vor. Die Arbeitergruppe erklärte zu diesem Bericht, daß sie nicht grundsätzlich gegen eine Revision von Übereinkommen sei, wenn dadurch die Möglichkeit einer rascheren oder leichteren Ratifikation geschaffen würde. Dagegen könne die Arbeitergruppe dem Vorschlag des Geschäftsordnungsausschusses, das ganze Übereinkommen zur Revision zu stellen, nicht zustimmen. Sie sei jedoch bereit, einer Regelung zuzustimmen, nach der bestimmte, vorher genau bezeichnete Punkte eines Übereinkommens zur Revision gestellt werden können. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts wies ebenfalls darauf hin, daß es sich darum handele, ob zur Prüfung eines Übereinkommens der Verwaltungsrat der Konferenz die Änderung gewisser Bestimmungen vorschlagen könne oder ob die Einleitung des Revisionsverfahrens die Möglichkeit einer Gesamtrevision des Übereinkommens in sich schließe.

Er sprach sich zugunsten einer Einschränkung der Revision aus, da eine Gesamtrevision die Belastung der internationalen Gesetzgebung mit fortgesetzten Rechtsstreitigkeiten zur Folge hätte. Man würde nie wissen, ob nicht alles wieder aufs Spiel gesetzt werde, was im Laufe von 10 Jahren aufgebaut wurde. Aus diesem Grunde empfahl der Direktor des Internationalen Arbeitsamts dem Verwaltungsrat, sich für die beschränkte Revision zu entscheiden. Nach eingehender Beratung dieser Frage wurde vom Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses, Professor Mahaim, Belgien, eine Entschliessung eingebracht, die vom britischen Regierungsvertreter unterstützt wurde und die Grundsätze für ein Verfahren der beschränkten Revision internationaler sozialpolitischer Übereinkommen enthält. Dafür stimmten alle Regierungsvertreter und Arbeitervertreter, dagegen alle Arbeitgebervertreter.

Die Beratungen über den Vorschlag der britischen Regierung, das Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag abzuändern, wurden auf Antrag des britischen Regierungsvertreters vertagt. Im weiteren Verlaufe seiner Beratungen beschloß der Verwaltungsrat hinsichtlich des beratenden Ausschusses für geistige Arbeiter, dieser erstens aus einem Vorstand von 5 Mitgliedern zu bilden und zwar 3 Vertretern des Verwaltungsrats und 2 Vertretern des Völkerbunds Ausschusses für geistige Zusammenarbeit, zweitens aus ständigen Vertretern der internationalen und wichtigsten nationalen Organisationen der geistigen Arbeiter, drittens aus Sachverständigen, die nach Bedarf zu den Arbeiten des Ausschusses herangezogen werden sollen.

Zum Schluß hat der Verwaltungsrat zu dem von dem Direktor des Internationalen Arbeitsamts unterbreiteten Vorschläge über die Beziehungen des Internationalen Arbeitsamts zu den wirtschaftlichen Organisationen des Völkerbundes seine Zustimmung gegeben.

Die Übersetzung der Reden auf der Internationalen Arbeitskonferenz. Die Frage der Übersetzung der Reden auf der Internationalen Arbeitskonferenz hat schon immer gewisse Schwierigkeiten bereitet. Einmal durch den mit jeder Übersetzung verbundenen Zeitverlust und zum anderen durch die Tatsache, daß trotzdem eine Reihe wichtiger Sprachen nicht berücksichtigt werden konnten. Nunmehr macht das Internationale Arbeitsamt auf der nächsten, am 30. Mai ds. Js. beginnenden Internationalen Arbeitskonferenz einen technischen Versuch, von dem man hofft, daß er zufriedenstellend ausfällt. Das neue System soll es ermöglichen, daß jeder Hörer, schon während der Redner noch spricht, die Übersetzung in einer von ihm gewählten Sprache hören kann. Dies soll dadurch erreicht werden, daß in der unmittelbaren Nähe des Redners Übersetzer sitzen, die ihn sehen und hören können und auf diese Weise in der Lage sind, die Beratungen in allen Einzelheiten zu verfolgen. Jeder Übersetzer hat ein Mikrophon vor sich, in das die Übersetzung leise gesprochen wird, so leise, daß der Redner dadurch nicht gestört wird. Diese in das Mikrophon gesprochenen Übersetzungen werden elektrisch verstärkt und in Hörapparate geleitet, die sich auf den Plätzen der Konferenzmitglieder, der Journalisten und des Publikums befinden. Durch eine Schaltung kann jeder Hörer die von ihm gewünschte Sprache einstellen. Es ist beabsichtigt, zunächst Übersetzungen in 4-5 Sprachen zu verbreiten. Das System läßt jedoch eine Erweiterung auf weit mehr Sprachen zu. Eine technische Schwierigkeit bestand darin, aus dem Mikrophon, in das der Übersetzer leise spricht, die durch den Saal klingende Stimme des Redners auszuscheiden. Das neue Mikrophon entspricht diesen Anforderungen, ebenso wie der Hörapparat des Hörers, der ähnlich dem von den Ärzten benutzten Stethoskop, jedes fremde Geräusch fernhält. Der Hörapparat wiegt nur 72 Gramm und läßt Kopf und Hände des Hörers vollständig frei. Es wurden ähnliche Versuche bereits schon einmal auf der Internationalen Arbeitskonferenz angestellt. Das neue System ist jedoch in technischer Beziehung wesentlich verbessert, so daß zu hoffen ist, daß auf diese Weise die berechtigten Forderungen nach Verbreitung der Reden in mehreren Sprachen erfüllt werden können, ohne den Gang der Konferenz zu beeinträchtigen oder ihre Verhandlungen zu verzögern.

Eine besondere Aufgabe des Internationalen Arbeitsamts bestand auch darin, die Übersetzer zur Durchführung des Systems auszubilden, an die auf diese Weise sehr hohe Anforderungen gestellt werden.

Wenn dieses neue System restlos befriedigt, wird ein ungeheurer Fortschritt auf dem Gebiete der internationalen Verhandlungen erzielt sein.

Kundschau.

Gewerkschafter unterstützen eure Eigenbetriebe! Vom Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands wird uns geschrieben:

Der christliche Tabakarbeiterverband wurde im November 1899 am Niederrhein gegründet. Raum 1½ Jahre nach der Gründung wurden von ihm in Raldenkirchen über 400 Arbeiter ausgesperrt. Durch die tatkräftige Hilfe der christlich-nationalen Arbeiterchaft war es möglich, den Kampf mit einem kleinen

Aus dem Berufsleben der Polsterer und Tapezierer.

Parteilos neutral?

Warum wir christliche Gewerkschafter sind?

Wie einfältig und bestechend klingen in der sozialistischen Gewerkschaftspresse doch die Redensarten von der Überflüssigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Wie oft hört man da: „Was hat die Religion mit den Kämpfen der Arbeiterchaft zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage, um die Erringung höherer Löhne zu tun“. „Die Arbeitgeber fragen ihre Mitglieder nicht, ob sie Christen, Juden oder Atheisten sind, in der Interessenorganisation stehen sie geschlossen da“. Man könnte noch eine Anzahl ähnlicher Äußerungen anführen, die in der sozialistischen Partei und Gewerkschaftspresse geschrieben und in den Betrieben von ihren Anhängern kolportiert werden. Der christlich organisierte Polsterer und Tapezierer antwortet darauf kurz und bündig: „Die freien, sozialistischen Gewerkschaften sind seit ihrer Gründung keine neutralen Gewerkschaften. Sie stehen weltanschaulich und wirtschaftlich auf dem Boden des Sozialismus und des philosophischen Materialismus (der Gottesleugnung). In Wort und Schrift vertreten sie diese Grundsätze und sind mit der Sozialdemokratischen Partei, der Hauptverkünderin dieser Lehren innig verbunden. Der Hinweis auf die Arbeitgeber ist unsinnig, da diese in ihren Vereinigungen alles Weltanschauliche und Parteipolitische streng fernhalten.“

In der Propagierung ihrer Ideen waren vor dem Kriege die sozialistischen Gewerkschaften zweifellos in der Sprache deutlicher. Sie glichen den heutigen Kommunisten, die dem nach mancher Seite ruhiger gewordenen Vater Sozialismus heute stark zusetzen. Sie sind nach dem Kriege etwas dreubarer, geschliffener in ihren Ausdrucksformen geworden. Ihre Grundsätze und Ideen und ihre Verbundenheit mit der sozialdemokratischen Partei, ist die alte, wie in der Vorkriegszeit. Insbesondere kam dieses in der Stellungnahme zur diesjährigen Maifeier und zur Reichstagswahl wieder deutlich zum Ausdruck. In der Wahlkundgebung der sozialistischen Gewerkschaften hieß es: „Dabei geben unsere Mitglieder die Stimmen ab für die einzige deutsche Arbeiterpartei, für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.“ Wir verdanken es ihnen nicht, wenn sie grundsätzliches Handeln von ihren Mitgliedern verlangen, aber man soll nicht bei anderen Gelegenheiten wieder ein neutrales Mäntelchen umlegen.

Die „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung“ die ihre sozialdemokratische Weltanschauung oft zum Ausdruck bringt, sagt rührend zur Wahl in ihrer Nr. 19, vom 11. Mai 1928: „Sobald eine Wahl vor der Tür steht, muß die Religion dem Bürgertum als Mittel zum Zweck dienen. Dann sucht man die religiös fühlenden Arbeiter durch den Hinweis auf die „Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften“ einzuschüchtern und sie vor der Wahlsparole der freien Gewerkschaften zu erschrecken.“

Ist aber jemals von uns ein gehässiges Wort über Religion gesagt? Von uns, denen das heilige neue wirtschaftliche Ziel einer Gemeinschaft geradezu die praktische Verwirklichung religiöser Tüchens bedeutet? Eine scheinheiliger Schreibweise kann man von diesem Blatte nicht verlangen. Doch hören wir die Auslassungen desselben Blattes in der Nr. 17 vom 27. 4. 28, also zwei Wochen vor der obigen Veröffentlichung: „Die Jugend. Sie glaubt an die Sonne, die sich Bahn bricht, wenn die Wolken noch so schwarz am Himmel dahinjagen; sie glaubt an den Sieg, selbst wenn die Übermacht noch so groß ist; sie glaubt aber auch an die Kraft des kämpfenden Proletariats! Möge dieser Glaube der Jugend uns erhalten bleiben, denn nur die Sache kann siegen, an die felsenfest geglaubt wird! Nicht umsonst haben die Kirchengemeinschaften die starke Macht über die Menschen. Sie haben diese, weil sie die Menschen umfassen, die religiös gläubig sind. Nicht diesen Glauben wollen wir in unserer Jugend haben, aber die Stärke dieses Glaubens an die Ideen des ersten Mai!“

Also das Verbandsorgan des „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes“ will nicht den Glauben der Kirchengemeinschaften in seinen Mitgliederkreisen haben. Als Ersatz bietet dieser Verband seinen Mitgliedern, insbesondere den Jugendlichen, den Glauben an die sozialistische Gesellschaftsordnung. Das Sprachorgan des Verbandes schreibt nämlich weiter: „Aber auch Gegenwartskampf fordert die Zugehörigkeit zur sozialistischen Arbeiterbewegung. Jugend, wisse, wenn du mit den alten Kämpfern am 1. Mai demonstrierst, daß du dann nicht für die sozialistische Gesellschaftsordnung demonstrierst, sondern auch für eine sehr bedeutungsvolle, politische Gegenwartsaufgabe: Zu fordern und zu kämpfen für den Sieg der sozialistischen Idee am 20. Mai, dem Wahltag!“ In demselben Blatte konnte eine Lily Braun in der Nr. 40

vom 8. 10. 26 schreiben: „Wer wahr sein will, muß frei sein. Frei von den Ketten, in die Erziehung, Bildung, Tradition uns geschmiedet haben, frei von den Zauberbrillen, mit denen die Priester unser Augenlicht verdunkelten, frei von der Tracht der Lakaien, in die die Machthaber der Erde die Abhängigen zwingen. Was du nicht selbst erwarbst, nicht selbst bist, das ist Lüge und Sklaverei.“ Und hören wir, was dieses Blatt zu Pfingsten 1925, auch denjenigen Polsterern u. Tapezierern bot, die noch christlich gesinnt sind, aber noch in gleichgültiger Weise dem oben genannten Verbände angehörten: „Wir modernen Menschen, denen das natürliche Werden und Wirken in der Natur nicht mehr so unbedeutend erscheint wie den heidnischen Vorfahren, legen dem Pfingstfest bereits eine andere Bedeutung bei, als es fanatischen Priestern angeheim ist. Es will uns nicht mehr in den Kopf hinein, daß der Herr Pfarrer im Sinne des Pfingstgeistes handelt, wenn er den Enterbten der heutigen Gesellschaft Enthaltensamkeit, Geduld und Unterwürfigkeit gegen ihre Ausbeuter empfiehlt.“

Das Fest des heiligen Geistes wird Pfingsten genannt, auch wir wollen es als solches feiern. Wir feiern es aber nicht im Sinne jenes Geistes, der sich an dunkle, mystische Vorstellungen hängt.“ (Gesperrt durch uns. D. Red.) Und trotzdem waagt ein solches Gewerkschaftsblatt, bei all diesen Proben der Gehässigkeit gegen die christliche Überzeugung anderer beliebig (die vermehrt werden können) auch noch zu schreiben: „Ist aber jemals von uns ein gehässiges Wort über Religion gesagt worden?“

Der „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband“ befindet sich tatsächlich auf einer Drehscheibe. Mit Begeisterung verkündet er durch sein Organ die Lehre der sozialistischen Gesellschaftsordnung, des Atheismus, die Verbundenheit mit der Sozialdemokratischen Partei, er schmätzt die christliche Lehre und ihre Priester und singt per Gelegenheit auch wieder die schönsten Loblieder über seine politische und religiös-neutrale Einstellung. Daneben werden natürlich die besten christlichen Gewerkschaften als die Gewerkschaftszersplitterer hingestellt. Sollten nicht doch noch manchen christlichen Arbeitern die Augen aufgehen, die heute noch gleichgültig im Troß der sozialistischen Organisationen mitmarschieren?

Polstermilben und Asthma.

Neben den berühmten Motten gibt es noch ein anderes Ungeziefer, welches sich gerne in den Polstermöbeln einnistet, und zwar die Milben. Sie haben die Gestalt kleiner, grau-weißer, staubartig aussehender Läufe und sind etwa ein fünfstel Millimeter groß. Sie bevölkern oft die Polstermöbel in kurzer Zeit, in unzählbaren Scharen. Als Verwandtschaftsgruppe der Polstermilben kommen die Käsemilben und Mehlmilben in Betracht, ebenso die Hausmilben, die sich in Vorräten von gedörrtem Obst einstellen. Die Milben leben vorzugsweise von mehl- und zuckerhaltigen Substanzen, die sie an Lebensmitteln und abgestorbenen Pflanzenteilen reichlich finden. So finden sie an dem vegetabilischen Füllmaterial der Polstermöbel und Kissen eine recht günstige Nahrung. Als solche ist zu nennen: Seegras, Rapok, Faser (eine Wurzelfaser) und ganz besonders das Erin d'Afrique, oder kurz Afrik genannt. Das Afrik wird aus den Blättern verschiedener Zwergpalmen gewonnen, die in Nord-Afrika ausgedehnte Flächen bedecken. Diese Blattsubstanzen des Afrik scheinen den Milben ganz besondere Lebensbedingungen zu bieten. Vielfach sind sie schon, in den noch nicht verarbeiteten Mengen der Afrikballen enthalten, aber wegen ihrer Unscheinbarkeit kaum feststellbar. Größtenteils beginnt aber erst die eigentliche Vermehrung der Tiere, wenn das Material zum Polstern verwandt ist. Von dem vegetabilischen Material ausgehend, verbreiten sich die Tiere auch in echtes und gemischtes Rohhaar.

Bei massenhaftem Auftreten der Milben in den Wohnungen, besonders in Polstermöbeln, bilden sie eine recht Plage, besonders auch, weil die Vertilgung äußerst schwierig ist. Schon seit längerer Zeit hat man festgestellt, daß die Milbe, ähnlich wie die Krämmilbe, die beim Menschen die lästige Krätze erzeugt, auch im Innern des Menschen, besonders im Darm, Krankheit und Geschwürbildung hervorruft. Aussehen aber erregten die in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ veröffentlichten Beobachtungen eines Mediziners Dr. Dekker, der feststellte, daß viele Asthmalidende ihre Krankheit von Milben bekamen. Wenn man zunächst diese Beobachtung bei Landwirten machte, wo die Berührung mit Heu und Stroh die Ursache war, so sollen jetzt auch bei den Stadtbewohnern die Mehrzahl der Asthmaerkrankungen von den sogenannten Hausmilben herrühren. Zur Verhütung aller Sterblichen aber sagen die Mediziner, daß zum Asthma meist ererbte Anlage gehört, und nur solche Bekastete die Krankheit bekommen. Von der Unwesenheit der Milben kann man sich bei starkem Auftreten leicht überzeugen, da sie als grauweißer Staub zu sehen sind, aber erst unter dem Mikroskop zeigt sich ihre Lebendigkeit. Vergehen die Milben, so trocknen und zerbröckeln sie und werden beim Hausputz als Staub eingeatmet. Die Milben können nicht durch die Abschaffung der Polstermöbel beseitigt werden, da die Milben auch Nahrungsmittel nicht verschonen, so Mehl, Käse, gedörrtes Obst, insbesondere Zwetschen, Feigen, Datteln und Äpfel. Bei übermäßiger Bazillenfurcht müßten wir Menschen also schon das Essen einstellen.

Erfolg zu beenden. Ein Teil der führenden Kollegen wurde jedoch nicht wieder eingestellt. Um diese Kollegen wieder in Arbeit zu bringen, wurde eine Genossenschafts-Zigarrenfabrik gegründet. Die hergestellten Zigarren fanden bei den Anhängern der damals noch kleinen Bewegung guten Absatz. Es gab im Westen Deutschlands kaum ein Verkehrslokal der christlichen Gewerkschaften und Vereinshaus der konfessionellen Arbeitervereine, die nicht Genossenschafts-Zigarren führten. Die Zahl der von der Genossenschaft beschäftigten Arbeiter konnte dadurch allmählich auf 75 gesteigert werden. Aber auch diese Zahl genügte bald nicht mehr. Im Jahre 1914 wurde beschlossen, einen Umbau ausführen zu lassen, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, mehr Arbeiter einzustellen. Der Ausbruch der Krieges verhinderte die Ausführung des Umbaus. Die anlässlich der Ruhrbesetzung von den früheren Feindstaaten angeordnete Beschlagnahme der Zölle brachte die Stilllegung des Betriebes. Die Inflation raubte der Genossenschaft das teuer verdiente und mühsam ersparte Betriebskapital.

Um wieder zu Betriebskapital zu kommen und den Betrieb gleichzeitig noch enger mit dem organisierten Verbrauch zu verbinden, wurde der Betrieb an die Großverkaufs- und Produktions-Aktiengesellschaft deutscher Konsumvereine („Sepag“) in Köln verkauft. Diese gründete mit einigen Gewerkschaftsverbänden und dem Konsumverein „Eintracht“-M. Gladbach eine neue Genossenschaft, die den Namen „Sepag“-Zigarrenfabrik führt. Die Gründung dieses Eigenbetriebes hat zum Ziel, das Hineinwachsen der Arbeitnehmer in die Wirtschaft vorzubereiten und allmählich durchzuführen. Dieses Ziel wird um so eher erreicht, je mehr die Eigenbetriebe von den Mitgliedern unserer Bewegung unterstützt werden.

Als im November v. J. die Zigarrenfabrikanten wegen 170 streikende Arbeiter in Leipzig 120 000 Arbeiter ausperrten, nahm der Absatz an „Sepag“-Zigarren gewaltig zu. Die Zahl der in der „Sepag“-Zigarrenfabrik beschäftigten Arbeiter konnte in kurzer Zeit verdoppelt werden. Bedauerlicherweise ließ nach der Aussperrung das Interesse für die „Sepag“-Zigarren sehr nach. Die Folgen waren: Entlassungen und Kurzarbeit. Diese Situation wäre nicht eingetreten, wenn alle Gewerkschafter auch weiterhin „Sepag“-Zigarren, die bei fast allen dem Reichsverband deutscher Konsumvereine angegeschlossenen Verbraucher-genossenschaften zu haben sind, gekauft hätten.

An alle Gewerkschafter richten wir die freundliche und dringende Bitte: Unterstützt euren eigenen Betrieb und verhelft den entlassenen und kurzarbeitenden Kollegen zur vollen Beschäftigung.

Bruderliebe. Über eine Tagung des roten Dachdeckerverbandes hat die sozialdemokratische Parteipresse sehr knapp und dazu noch in unfreundlichem Sinne berichtet. Das veranlaßt die „Dachdeckerzeitung“ zu folgendem temperamentvollen Etguß:

„Die Berichterstattung über die gewerkschaftlichen Tagungen ist seit Jahren in der Parteipresse in einer Weise behandelt worden, die geradezu zu einem Wutanfall veranlaßt.“

Von den kleinen Verbänden, die so unter einer halben Million Mitglieder zählen, nimmt die Parteipresse anscheinend überhaupt keine Notiz. Die großen Verbände werden ja noch etwas glimpflicher behandelt, aber auch da ist man ihren Tagungen gegenüber gleichgültig genug.

Zum Teufel, so fragt man sich, ist denn der Platz in der Parteipresse so gering? Nein! Es ist die geradezu unglaubliche Gleichgültigkeit der Parteipresse gegenüber den Gewerkschaften. Fünf Millionen Gewerkschafter werden heute in der Parteipresse mit wenig Ausnahmen zu ihren Tagungen oft glatt geschnitten. Wenn es die Gewerkschaften mit der Partei so machen wollten, dann „Gute Nacht, Partei!“

Vor dem Kriege brachten z. B. der „Vorwärts“, das „Hamburger Echo“, Köln, Dresden, Leipzig, Frankfurt, Kassel usw. von jedem Verbandstag täglich mindestens 40 bis 50 Seiten, die großen Blätter sogar Spaltenlange Berichte. Hamburg brachte oft mehrere hundert Seiten täglich. Heute mit verdreifachter Gewerkschaftsbewegung?

— heute ist das alles wie weggeweht, weil in den Redaktionen niemand Interesse dafür hat.

Die Gewerkschaften können sich das nicht länger gefallen lassen. Man kann doch nicht über seinen eigenen Verbandstag noch selber schreiben, das wäre keine objektive Berichterstattung mehr. Aber man kann verlangen, daß die Tagungen der Gewerkschaften wirklich etwas ernster genommen werden.

So — wie es heute gemacht wird — ist es einfach ein Skandal, ist es ein ganz unwürdiger Zustand, einfach unhaltbar.“

Wenn man beobachtet hat, wie sich die freigewerkschaftliche Verbandspresse in Aufforderungen und Hinweisen der Reichstagswahlen angenommen und für die Sozialdemokratie Stimmung machte, dann kann Verständnis für die unwürdige Behandlung, die den Dachdeckern zuteil wurde, schon vorhanden sein.

Das kommt davon! Undank ist der Welt Lohn und wenn man sich so sehr der sozialdemokratischen Partei verschrieben hat, daß das einer Aufgabe der eignen Meinung gleich kommt, dann hat man das Recht der Klage eigentlich verwirkt.

Die Nutzenwendung ist für uns nicht schwer: Treu unserem bisherigen Standpunkt, Vermeidung parteipolitischer Bindungen. Einziges Ziel bleibt nach wie vor: Hilfe dem Arbeiterstand durch die gewerkschaftliche Betätigung in den christlichen Berufsverbänden.

Ein deutscher Unternehmer. Am 13. Mai vollendet in Berlin-Niederschönhausen der Fabrikant und Sozialreformer Heinrich Freese seinen 75. Geburtstag. Freese löste in seinen Betrieben (Jalousie- und Holzplasterfabrik) frühzeitig in vorbildlicher Weise soziale Probleme, die lange Zeit von der Mehrzahl der Unternehmer als unlösbar angesehen wurden. So gab er z. B. 1888 seinen Angestellten, 1891 seinen ständigen Arbeitern und 1894 auch den vorübergehend beschäftigten Saisonarbeitern ein Recht auf Gewinnbeteiligung. Bereits im Jahre 1884 führte er eine Arbeitervertretung ein, indem er eine Art Fabrikparlament einrichtete, das in Fragen, in denen Arbeitnehmerinteressen in Betracht kommen, eine beschließende Körperschaft darstellt. Schon 1884 schloß Freese mit seinen Arbeitern einen Tarifvertrag ab. 1887 führte dieser kluge Unternehmer die vollständige Sonntagsruhe, 1892 den heute noch von vielen Unternehmern so arg bekämpften Achtstundenarbeitstag ein. Er konnte feststellen, daß seit Einführung des Achtstundenarbeitstages die ausruhenden Arbeiter mehr leisteten und verdienten als die durch lange Arbeitszeit ermüdeten. Frühzeitig gewährte er seiner Belegschaft reichlichen Urlaub, Gehaltszahlung für Erkrankte über die gesetzliche Frist hinaus, Witwen- und Alterspensionen und führte ein sinnvolles Prämiensystem für Verbesserungsvorschläge in seinen Werken und vieles andere Nützliche ein. Nach Freeses Auffassung hat diese „sozialpolitische Belastung“ nicht nur die Rentabilität des Unternehmens gefördert, sondern sie ermöglichte es überhaupt, es trotz der geschäftlichen Boykottierung seitens anderer Unternehmungen konkurrenzfähig zu erhalten.

Über seinen Betrieb hinaus widmete er sich öffentlichen Angelegenheiten. So wurde er als Sachverständiger für Arbeitnehmerfragen in den Preussischen Staatsrat berufen. Seine Tätigkeit und Erfahrungen als Industrieller und Sozialpolitiker führten ihn dazu, sich Gedanken zur Unterbindung der Bodenspekulation und zum Schutze des soliden Bauhandwerks gegen Ausbeutung durch Vaugeldschwindler zu machen. Er wurde Mitbegründer und erster Vorsitzender des Deutschen Bundes für Bodenbesitzreform, dem Vorgänger des heute von Adolf Damaschke geführten Bundes Deutscher Bodenreformer. Von welcher Seite Freese auch immer das wirtschaftliche und soziale Leben betrachtete, in einer sinnvollen Bodenreform sieht er, ähnlich wie andere kluge Industrielle, eine Milderung mancher sozialen Spannungen.

Die reichen Erfahrungen, die dieser sozialpolitisch und technisch fortschrittlich gesinnte Unternehmer machte, legte er in einer Reihe vielbeachteter Schriften nieder. Einige der von ihm in seinen Betrieben getroffenen Einführungen haben inzwischen eine gesetz-

liche Regelung erfahren. Weil solche einsichtige Unternehmer leider eine Ausnahme bilden, so müssen die Gewerkschaften unermüdlich an der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer wirken.

Literarisches.

Handbuch für Betriebsräte. 2. verbesserte und ergänzte Auflage. Mitgliedspreis nur 3 M. (statt 4.50 M.) Christlicher Gewerkschafts-Verlag Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 25.

Alles, was ein Betriebsratsmitglied wissen muß, ist in diesem 352 Seiten starken, handlichen Buch enthalten. Unser Handbuch ist das praktischste und billigste in der ganzen Fachliteratur.

Wende dich an deine Ortsgruppe oder deinen Vertrauensmann, weil Sammelbestellungen das Porto ermäßigen. Auch direkt von unserem Verlag kann das Buch bezogen werden.

Gifte im Holzgewerbe von Prof. Dr. E. Lewin. Oktav-Format, 23 S., geb. 1.50 RM. Heft 1 der „Beiträge zur Giftkunde“. Herausgegeben von Prof. Dr. E. Lewin. Verlag: Georg Stilke, Berlin NW 7.

Solange die Erde bewohnt wird, haben Gifte als unheimliche Krankheitserreger verhängnisvoll gewirkt. Sie zu kennen und durch Erkenntnis ihre Gewalt einzuschränken oder zu bändigen, galt stets für eine wichtige Aufgabe, an deren Erfüllung sehr viele Generationen gearbeitet haben. Vieles für Ärzte und Gerichte auf dem Gebiete der Giftkunde und dem gewerblichen Vergiftungsgebiet Wissenswertes ist in Büchern nicht erlangbar. Es soll in diesen zwanglos erscheinenden Heften einen Platz finden. So will der Herausgeber einen Tatsachen-Ranon schaffen, der für wissenschaftliche ärztliche und juristische Betätigung Belehrung zu liefern geeignet ist, die in Lehrbüchern aus äußerlichen Gründen nicht geliefert werden kann. Zu dem vorliegenden ersten Heft dieser Schriftenreihe muß hervorgehoben werden, daß das hier bearbeitete Gebiet bisher ein junges, ziemlich unbehauenes war, weil es toxikologisch nicht genügend durchgearbeitet worden ist und bis zu einem gewissen Zeitpunkt noch nicht durchgearbeitet werden konnte. Was der Verfasser in der vorliegenden Schrift darlegt, umfaßt so wohl die bisher bekannt gewordenen gesicherten Erfahrungen über Arbeiter-Erkrankungen durch giftiges Holz, als auch die gesicherten Schlüsse, die man aus erkannten Gifteigenschaften gewisser Hölzer auf die Möglichkeit ihrer Auswirkung bei ihrer Verarbeitung ziehen kann. Die Darlegungen Prof. Dr. E. Lewins lassen zum erstenmal in einer gewissen Zusammenfassung die Gefahrenquellen erkennen, die sich bei der werktätigen Handlung mit den genannten Stoffen eröffnen.

Hast Du

das Lese- u. Lernbuch
Größenordnungen in Volk u. Wirtschaft
schon bestellt?

Bücher und Schriften

bezieht
der christliche Gewerkschafter
durch die
Buchhandlung des Gesamtverbandes
der christlichen
Gewerkschaften Deutschlands.

Gebrauchte Holzbearbeitungsmaschinen

jeder Art vollständig neu hergerichtet ab Werkslager Leipzig ständig abzugeben.

Alfons Heinisch
Ingenieur
Köln-Deutz
Reichplatz 20.

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe

ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtsstrebenden Tischler.

Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2.— Mark.

Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Venloerwall 9 zu richten.

Einzigig: Deutsche Volksbank, Essen, Postfach 8, Nr. 16400

Intarsien jeder Art

Musterbogen gegen 0.50 M. in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II